Die deutsche Pfalz.

Der bayerische Ministerpräsident, Graf v. Lerchenfeld, hat anläßlich seiner Pfalzreise ein Telegramm an den Reichspräsidenten in Berlin gerichtet, in dem er sagt: „In den schweren Tagen, in denen wir um Oberschlesien bangen, ist es mir Bedürfnis, Ihnen zu sagen, daß ich überall treue Deutsche gefunden habe. Die Pfalz hält fest am deutschen Vaterlande.“

Deutsch-Österreich.

× **Nach der Konferenz von Venedig.** Die Konferenz von Venedig ist geschlossen worden. Sie stellte den Versuch dar, dem österreichischen wie dem ungarischen Standpunkt Rechnung zu tragen, vor allem aber die Befreiung des Burgenlandes von den jetzt dort herrschenden Banden zu bewirken sowie die ruhige Besetzung des Landes zu gewährleisten. In Wien will man nun zunächst abwarten, ob die ungarische Regierung stark genug sein und den guten Willen haben wird, die Banden aus Westungarn zu vertreiben. Schon jetzt aber befürchtet man auf das ernstlichste den Verlust von Oedenburg.

Italien.

× **Ein frostiger Empfang.** Bei dem Einzuge des italienischen Königspaares in Bozen hielt sich die deutsche Bevölkerung vollkommen fern. Nur die amtlichen Gebäude waren beflaggt. Die deutsche Bevölkerung zog die Vorhänge vor die Fenster. Die Straßen waren bei dem Einzug des Königspaares nur von italienischem Militär und Neugierigen besetzt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Reichsrat widmete der Minister des Innern Dr. Gradnauer dem aus dem Reichsrat ausscheidenden sächsischen Gesandten Dr. Koch herzliche Worte des Abschieds. Er wünschte ihm für seine neue Tätigkeit in Prag das allerbeste.

München. Der frühere König von Bayern, der sich seit einiger Zeit in Ungarn aufhält, ist dort neuerdings erkrankt.

Karlsruhe. In einer Versammlung teilte der badische Finanzminister Köhler mit, daß in den Geheimorganisationen, die in München aufgedeckt worden sind, mehr als 10 000 Organisierte waren, um unter einem Kommando loszuschlagen. Weiter bemerkte der Redner, daß Frau Erzberger auch heute noch Schmähbriefe erhalte.

London. Die nichtamtliche interalliierte Wirtschaftskonferenz hat eine Tagesordnung angenommen, daß die Deutschland auferlegte Entschädigung unbillig und schädlich für das Wirtschaftsleben in allen Ländern und auch in hohem Maße als Ursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in England zu betrachten sei.

Washington. Präsident Harding erklärte, die vollständige Abrüstung habe wenig Aussicht auf Verwirklichung und sei nicht wünschenswert. Zu wünschen aber sei eine vernünftige Einschränkung der Rüstungen.

Der Einfluß auf die „Reparationen“.

Die geschmälerte Produktionsbasis.

Den Mittelpunkt der politischen Erörterungen in Berlin, die sich an die Genfer Entscheidung anknüpfen, bildet die Frage, welche Folgen sich aus der unsinnigen Grenzziehung, falls diese sich nicht noch irgendwie verändern läßt, für die gesamte Politik Deutschlands gegenüber seinen Gläubigerstaaten ergeben. Dabei liegt es klar auf der Hand, daß nach so schweren Verlusten für uns nicht **mehr die Möglichkeit besteht, unsere im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen im bisherigen Umfange zu erfüllen.** Da die genauen Einzelheiten des Völkerbundsurteils nicht einwandfrei bekannt sind, muß man sich vorläufig auf Schätzungen dieser Schädigungen beschränken. Bei der sehr verzweigten Verflechtung der Kohlen- und Erzproduktion und den gesamten Industrieverhältnissen des oberschlesischen Reviers sind auch solche Schätzungen mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Es würde eine weitgehende

Umstellung des deutschen Wirtschaftssystems,

insbesondere auf die noch mehr geschmälerte Kohlen- und Kraftversorgung notwendig werden, deren Einzelheiten sich noch nicht übersehen lassen. Man ist in Parlamentskreisen auch der Ansicht, daß keinerlei politische Entscheidung möglich sein wird, ehe nicht völlige Klarheit über den Umfang der von Deutschland geforderten Opfer eingetreten ist. Dieser Standpunkt gilt insbesondere auch von der Koalitionspolitik. Aus diesem Grunde ist im Augenblick auch die sogenannte „innere Krisis“ zu einem vorläufigen Stillstand gekommen, und die Pause wird dazu benützt, um durch unverbindliche Besprechungen den Boden für eine größere politische Aktion im Sinne einer Regierungsverbreiterung vorzubereiten.

•

Eine Verlustliste.

Wenn die Nachrichten über die Teilung Oberschlesiens sich bestätigen, dann gehen 86 Prozent der oberschlesischen, bezw. 42,5 Prozent der gesamten deutschen **Kohlenvorräte** bis zu 1500 Meter Tiefe verloren. 64 Prozent der oberschlesischen **Steinkohlenförderung** kommen an Polen, was nach den Förderungsziffern von 1913 einen jährlichen Ausfall von 28 Millionen Tonnen Steinkohlen für Deutschland bedeutet. Es kommt hinzu, daß die deutsch bleibenden Kohlenwerke zum großen Teil stark abgebaut sind. Von der gesamten deutschen **Zinkproduktion** gehen mehr als 60 Prozent an Polen verloren, ebenso kommen sämtliche deutschen Zinkhütten Oberschlesiens in polnische Hand. Von der deutschen **Bleierzförderung** und den darin enthaltenen Silbererzen gehen 27 Prozent verloren, da 75,4 Prozent der oberschlesischen Bleierzvorkommen in dem abgetrennten Gebiete liegen. Für die **Eisenindustrie** lassen sich noch keine ganz genauen Zahlen mitteilen, doch ist auch hier mit einem Verlust von mehr als 63 Prozent der oberschlesischen Eisenindustrie zu rechnen.

Der türkische Sieg am Sakaria.

Kaltstellung des griechischen Feldherrn.

Die Türken bleiben dabei, daß bei den letzten Kämpfen der Sieg bei ihren Fahnen war. Die Athener Nachrichten, nach denen die griechische Armee in dem Abschnitt des Sakaria einen großen Sieg davongetragen haben soll, werden für unrichtig erklärt. Die Türken setzten vielmehr in diesem Abschnitt ihren Vormarsch fort.

Diese Auffassung erhält eine bedeutende Stütze durch die Athener Meldung, daß das griechische Kabinett den General Dusmanis, der erst vor kurzem Generalstabschef der Armee geworden war, jetzt plötzlich aus dem Dienst entlassen hat!

Liman von Sanders' Ansicht.

Der Führer der früheren deutschen Militärmission in der Türkei, Marschall Liman von Sanders, äußerte über die Lage im nahen Orient u. a.: Der Kampf der Griechen gegen den türkischen Freischarenführer Mustapha Kemal ist ein Versuch Englands, den ihm in seinen Orientplänen unbequemen Islam niederzuringen. Nur haben sich die Engländer gründlich verrechnet, wenn sie in diesem Kampfe gerade die Griechen vorschoben. Kein Volk begegnet in der ganzen mohammedanischen Bevölkerung so ausgesprochenem Hasse wie das griechische. Die Stellung des Königs Konstantin scheint stark geschwächt zu sein. Die Engländer werden auf die Hilfe Griechenlands zur Not verzichten können, da sie ja noch andere Eisen im Feuer haben. Sie dürften wissen, warum sie Faisal zum König von Bagdad und Abdullah zum Scheinherrscher im Ostjordanlande bestellt haben.

Streik im Baugewerbe.

— **Streik.** Wegen Lohnerhöhung von etwa 30 Prozent, die ihnen von den Arbeitgebern in der verlangten Höhe nicht bewilligt werden konnte, sind die Bauarbeiter und Zimmerer in **Leipzig** in den Streik getreten. Wie das dortige Tageblatt dazu erfährt, ist in den letzten Wochen mehrfach auf den einzelnen Bauten versucht worden, neue Lohnforderungen durch Teilstreiks durchzudrücken. Der Versuch ist nur auf einigen Baustellen geglückt und hat bei den anderen zu Arbeitseinstellungen geführt. Am letzten Montag fand nun im Volkshaus eine Versammlung der Zimmerer und Maurer statt, in welcher mit überwiegender Mehrheit der Ausstand beschlossen wurde, so daß seit Mittwoch mehrere tausend Bauarbeiter und Zimmerer streiken. Es sollen bereits Verhandlungen im Gange sein, die eine Verständigung herbeiführen, da durch einen längeren Ausstand die Folgen für den Wohnungsbau ganz besonders störend sein würden.

• •

Schneller als man selbst in den beteiligten Kreisen erwartete, hat der Streik im Baugewerbe Sachsens seinen Abschluß gefunden. Man ist, um den Streik beizulegen, nach langen Verhandlungen zu einer Einigung gekommen: Die Arbeitnehmer sind von ihren Lohnforderungen um einige Prozent heruntergegangen und die Arbeitgeber haben zu ihrem ersten Angebot einige Prozent zugelegt, so daß man auf einen Stundenlohn von 9,65 Mark für Maurer und Zimmerer sich geeinigt hat. Vom 18. November erhöht sich der Stundenlohn auf 10,30 Mark.

Zur Oppau-Spende.

Der Leipziger Hilfsausschuß für die Geschädigten in Oppau hielt am 6. Oktober eine Sitzung ab, in der das bisherige Ergebnis der Sammlung festgestellt worden ist. Die Feststellung ergibt folgendes Bild:

Sammlung der Leipziger Neuesten Nachrichten bis zum 6. Oktbr. mittags (1.—11. Quittung)	Mk. 373664,29
Eingänge beim Leipziger Finanzausschuß	„ 190242,70
Stiftung des Leipziger Finanzausschusses	„ 100000,—
	Mk. 663906,99

Von dieser bis jetzt vereinnahmten Summe sind vom Verlag der Leipziger Neuesten Nachrichten an die Reichsbankhauptstelle Leipzig zur Weiterleitung an den Reichs-Hilfsausschuß in Berlin unterm 30. September 1921 abgeführt worden Mk. 220000,—

Vom Verlag der Leipziger Neuesten Nachrichten sind unterm 7. Oktober weitere	„ 135000,—
sowie vom Leipziger Finanzausschuß am gleichen Tage	„ 295000,—
insgesamt also	Mk. 650000,—

an die Reichsbankhauptstelle zur Weiterleitung an den Reichs-Hilfsausschuß in Berlin überwiesen worden. Die Sammlung selbst wird fortgesetzt und das Gesamtergebnis später festgestellt.

An alle Kreise, die Spenden bis jetzt noch nicht überwiesen haben, ergeht die dringende Bitte, auch ihrerseits auf schnellstem Wege dazu beizutragen, daß das ungeheure Elend gelindert wird.

Für unsere Stadt ist als offizielle Sammelstelle die Expedition der Nachrichten für Naunhof bestimmt.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Spenden, ganz gleich, wohin sie überwiesen werden, im Gesamtergebnis an den Reichs-Hilfsausschuß nach Berlin abgeführt werden. Der Leipziger Hilfsausschuß, dem außer den Angehörigen des Leipziger Finanzausschusses die Herren Kreishauptmann Lange, Amtshauptmann Apffel und Oberbürgermeister Dr. Rothe angehören, rechnet auf den Opfersinn der gesamten Bevölkerung und bittet erneut, weitere Spenden möglichst umgehend an die genannten Einzahlungsstellen zu überweisen.

Zur Oppau-Spende!

Fünfte Quittung:

Emil Schellenberger und Frau	20.— „
Richard Wilde	100.— „
K. D.	50.— „
Erste bis vierte Quittung:	742,50 „
Gesamtsumme	**912.50 Mk.**

Zur Kartoffelversorgung.

Im Vordergrunde der Bezirksausschußsitzung in Grimma vom 13. Oktober 1921 stand die Frage der Kartoffelversorgung der Bezirksbevölkerung aus der neuen Ernte. Die sehr eingehenden und ernsten Beratungen waren getragen von der Ueberzeugung, daß die Beunruhigung in weiten Schichten der Bevölkerung außerordentlich tiefgehend ist. Da vor einiger Zeit bei einer in Wurzen abgehaltenen Verhandlung zwischen Vertretern der Erzeuger und Verbraucher die Herren Rittergutspachter Born, Kühnitzsch und Stadtrat Rehm, Brandis, gewählt worden waren, um im Wirtschaftsministerium wegen einheitlicher Maßnahmen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung vorstellig zu werden, waren sie zur Verhandlung des Bezirksausschusses zugezogen worden. Nach dem von ihnen über die Verhandlung in Dresden erstatteten Berichte mußte davon ausgegangen werden, daß die zu ergreifenden Maßnahmen ausschließlich dem Bezirksverbande zufallen. Allseitig wurde betont, daß die schwierige Lage auf dem Kartoffelmarkte vorwiegend durch wilde Aufkäufe bedingt ist, die wucherische Preise bieten, festgestellt wurde aber auch, daß auch der ansässige Handel, um überhaupt zu Kartoffeln zu kommen, zu hohen Angeboten geschritten sei. Hier einzugreifen, erscheint deshalb geboten, soweit dies im Rahmen der freien Wirtschaft noch möglich ist. Der Amtshauptmann teilte hierzu mit, daß die Gendarmerie des Bezirkes bereits angewiesen sei, auf alle Aufkäufer zu fahnden, die wucherische Angebote machten, und daß geplant sei, unabhängig von dem wegen Preistreiberei oder Wucher einzuleitenden Strafverfahren, die Namen aller derjenigen Personen öffentlich bekannt zu geben, die hierbei betroffen werden. Einstimmig wurde dann die Notwendigkeit anerkannt, durch Verhandlungen mit den Erzeugern die zur Versorgung der Bezirksbevölkerung erforderlichen Kartoffeln sicher zu stellen. Hierüber soll schon in den nächsten Tagen in den einzelnen Teilen des Bezirkes gemeinsam von der Amtshauptmannschaft und dem ländlichen Bezirksverband verhandelt werden. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, was dann weiter zu geschehen hat. Es ist deshalb der Amtshauptmannschaft ein besonderer Ausschuß für die Weiterbehandlung der Kartoffelfrage beigegeben worden. Ihm wird es insbesondere obliegen, den Bedarf in den einzelnen Gemeinden festzustellen, dafür zu sorgen, daß die Kartoffeln dem Verbraucher ohne weitere Verteuerung und in angemessenen Mengen unter Einhaltung seines wirklichen Bedarfes zugeführt werden, und darüber zu befinden, ob und welche Vorschläge zur Verbilligung der Kartoffeln etwa der Bezirksversammlung zu machen sind. Die Bevölkerung des Bezirkes kann hiernach versichert sein, daß Alles geschieht, um die Kartoffelversorgung sicher zu stellen und es darf gehofft werden, daß Einsicht auf Seiten der Erzeuger und Händler einerseits, Ruhe und Besonnenheit auf Seiten der Verbraucherschaft andererseits die erfolgreiche Durchführung der geplanten Maßnahmen sichern werden.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 15. Oktober 1921.

Merkblatt für den 16. und 17. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{38} (6^{30})	Mondaufgang	4^{37} N. (5^{34} N.)
Sonnenuntergang	5^{13} (5^{00})	Monduntergang	5^{46} V. (6^{47} V.)

Am 16. Oktober: Sichtbare Mondfinsternis.

16. **Oktober.** 1793 Königin Marie Antoinette von Frankreich wird enthauptet. — 1813 Völkerschlacht bei Leipzig. — 1827 Maler Arnold Böcklin geb. — 1854 Englischer Dichter Oskar Wilde geb. — 1915 Kriegserklärung Frankreichs an Bulgarien.

17. **Oktober.** 1815 Dichter Emanuel Geibel geb. — 1849 Komponist Friedrich Franz Chopin gest. — 1918 Kaiser Karl verkündet die Umwandlung Österreich-Ungarns in einen Bundesstaat.

Wochenschau.

Naunhofer Jahrmarkt und zwar ohne Regen, das bedeutet immerhin eine Seltenheit. Unsere jüngste Jugend schwelgte denn auch in den gebotenen Genüssen, vom warmen Würstchen mit türkischem Honig bis zur Berg-und-Tal-Bahn. Der Lärm der Fahrt, das Trompeten der Orgeln, viel Licht, ein jungfräulicher Quietscher von der Luftschaukel, dazwischen die Stiefelbude, deren Waren nach und nach in die Reihe der Kostbarkeiten avanciert sind. Ein Karussell, Süßigkeitsbestände und die geheimnisvolle Schaubude, ist das nicht genug zum Staunen und Jubeln? Daran fehlte es denn auch bei den Kindern nicht. Wer von den Erwachsenen sich erheitern wollte, der fand Gelegenheit dazu in der Aufführung der „Scheidungsreise“. Das Verlangen danach schien aber nicht stark zu sein, denn die leeren Stühle hatten beträchtliche Majorität. Ans Scheiden denkt man jetzt auch weniger als ans Heiraten. Dies Geschäft blüht nach wie vor, trotz aller Wohnungsnot. Die Besiedelung einiger der Häuser auf der Aue wird der letzteren kaum genügend abhelfen, obwohl die mutigen Trockenwohner froh sein mögen, daß sie endlich ihren Einzug halten konnten. Wenn sie genügend einhacheln, wird auch ein strenger Winter ihnen die Gemütlichkeit nicht rauben. Einstweilen spielt die kommende Kühle ja noch Verstecken, aber wer seinen Zehen bisher im Schuhwerk gesunde Ventilation gönnte, wird gut daran tun, ein solides Pechpflaster auf die Wundmale pappen zu lassen, ehe die Zehen ein unfreiwilliges Fußbad nehmen. Ein mehr oder weniger geschicktes Ausflicken ist ja jetzt Trumpf, sowohl im Großen, wie im Kleinen. Unser ganzes Wirtschaftsleben, wie unsere Politik steht unter diesem Zeichen, das schlimmste Flickwerk, die uns zugemutete Regelung der oberschlesischen Frage, erweist sich schon heute als unhaltbare Pfuscherei. Unser Vaterland ist so zerzaust und gedemütigt aus den Welthändeln hervorgegangen, daß wir still ertragen lernten, daß unsere Mark drüben bei unserem großen Bruder zum Dreier herabgesunken ist, das hindert aber nicht, daß schon wieder Streikgelüste, diesmal von der Eisenbahn, auftauchen. In unserem kleinen Naunhof ist der Streik aber glücklich beigelegt. Ob Groß oder Klein, die Verluste, die derlei Kraftproben mit sich bringen, trägt letzten Endes die Allgemeinheit.

F. G. D.

— **Naunhof.** Im Vordergrunde der Festlichkeiten steht die Feier des Sächs. Militärvereins „Kameradschaft“, welcher heute sein 25jähriges Jubiläum begeht. Das Fest wird durch einen Kommers eingeleitet und schließt morgen Sonntag mit einem Ball. Die Anregung zur Gründung des Vereins wurde am 9. Oktober 1896 durch einen Aufruf in unseren Nachrichten für Naunhof gegeben, worauf die Gründung am 17. Oktober erfolgte. Zu seinem ersten Vorsitzenden wählte die Versammlung damals den längst verstorbenen Privatmann Hohfeld. Eine lange Reihe von Jahren hat dann Herr Zimmermann Robert Köhler die Leitung des Vereins geführt, welcher auch heute noch an der Spitze steht.

— **Lichtspielhaus.** Im Spielplan mußte eine Aenderung eintreten. Anstelle des in voriger Nummer schon angekündigten Films „Evinrude“, welcher versehentlich an andere Stelle gelangte, wird das Filmwerk „Mirwal, der Löwenpeiniger“ gespielt. Es ist ein Stück voll packender, auch aufregender Bilder. So halten die Vorgänge, in welcher wilde Tiere in Freiheit geraten und in das Haus eindringen, durch die geschickte Darstellung die Zuschauer in äußerster Spannung. Ebenso ist die Vorführung der Sprengung einer Brücke und Anderes von großer Wirkung. Ein vorzügliches Beiprogramm schließt sich an. Alles Nähere ergibt die heutige Anzeige.

— **Naunhof.** Für Montag abend ladet der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins zu einer Versammlung ein. Neben einigen Tagesfragen, die für die Hausbesitzer recht wichtig sind, soll auch die Frage aufgeworfen werden, ob zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl der Verein seinerseits Ansprüche auf einen Abgeordneten stellen will. Der Besuch dieser Versammlung ist deshalb sehr zu empfehlen.

— **Naunhof.** Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden am 21. und 22. Oktober dieses Jahres nur dringende Geschäfte im Amtsgericht Grimma erledigt.

— **Naunhof.** Am 15. Oktober endet die Frist zur Bezahlung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs für alle, denen der Steuerbescheid bis zum 15. Juli ds. Js. zugestellt und nicht eine andere Zahlungsfrist vom Finanzamt auf besonderen Antrag bewilligt worden ist.

A. **Bezirkstagung für Wohlfahrtspflege.** Am Mittwoch, den 19. Oktober veranstaltet das Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Grimma eine Tagung für Wohlfahrtspflege. Beginn mittags 12 Uhr im Ratskeller Grimma. Als Redner sind gewonnen worden: Frau Regierungsrat Dr. phil. Ulich-Beil vom Ministerium des Innern, Dresden, die über „Amtliche und freiwillige Wohlfahrtspflege“ sprechen wird, sowie der bekannte Leipziger Kinderarzt Herr Dr. med. Weide, welcher die „Vernunftgemäße Ernährung und Pflege des Säuglings und Kleinkindes“ behandelt. Die Vortragenden verfügen nicht nur über reiche Sachkenntnis, sondern es geht ihnen auch der Ruf voraus ihr Wissen in packender Weise dem Zuhörer zu vermitteln. Das Wohlfahrtsamt will mit dieser Veranstaltung den an der Wohlfahrtspflege interessierten Kreisen Gelegenheit geben, zu den von berufener Seite vertretenen Ansichten und Bestrebungen Stellung nehmen zu können und die aus eigener Arbeit gewonnenen Erfahrungen zu berichten. Zu diesem Zwecke findet am Schluß der Vorträge eine Aussprache statt. Gedeihliche Wohlfahrtsarbeit kann nur im Zusammenwirken aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Kräfte und unter Anteilnahme und Mitarbeit der gesamten Bevölkerung geleistet werden. Daher wird gebeten, dem Rufe des Wohlfahrtsamtes zu dieser Tagung freundlich Folge zu leisten. Für Wurzen und Colditz sind ebenfalls in Verbindung mit der Wanderausstellung der Säuglingspflege für die nächste Zeit gleiche Tagungen geplant.

† **Die Abfertigung an den Fahrkartenschaltern** wird häufig dadurch verlangsamt, daß viele Reisenden mit größerem Papiergeld bezahlen, wodurch zeitraubendes Wechseln und Herausgeben von Kleingeld notwendig wird. Wenn auch der bestehende Kleingeldmangel zum Teil hieran Schuld ist, so möchte doch jeder Reisende mit dazu beitragen, daß die glatte Abwickelung des Fahrkartenverkaufs besonders zu den Hauptverkehrszeiten nicht durch Hingabe großer Geldscheine zum Wechseln unnötig gehemmt wird, zumal die Eisenbahn auf Grund der Eisenbahn-Verkehrsordnung verlangen kann, daß das Fahrgeld abgezählt entrichtet wird. Weiter wird auch darauf hingewiesen, daß amtliches Notgeld nur an den Eisenbahnschaltern innerhalb des Bezirks angenommen werden kann, in dem es Gültigkeit besitzt.

† **Neue Freimarken** mit Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter. Die Reichsdruckerei beginnt in diesen Tagen mit der Ausgabe der ersten Marken mit den Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter. Die Reihe dieser 6 Marken umfaßt 3 Bilder. Die beiden ersten mit den Werten 60 Pfennig (dunkelviolett) und 80 Pfg. (rot) stellen Schmiede in verschiedenen Altersstufen beim Arbeiten am Amboß dar; die beiden nächsten mit den Werten: 100 Pfg. (grün) und 120 Pfg. (ultramarin) zeigen Bergarbeiter mit Spitzhacke, Meißel und Karren in voller Tätigkeit; die beiden letzten Werte: 150 Pfg. (orange) und 160 Pfg. (blaugrün) Landarbeiter beim Mähen und Gardenbinden. Zunächst kommt die 60 Pfg.-Marke in Bogenform (einfaches Porto für Inlandsbriefe) zur Ausgabe; ihr folgt im Laufe des Oktober der 120 Pfg.-Wert für den einfachen Auslandsbrief.